

DEINE STIMME GEGEN ARMUT



# VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK  
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-  
ORGANISATIONEN e.V.



**MENSCHENWÜRDIGE  
ARBEIT DURCHSETZEN –  
BEI UNS UND WELTWEIT!**

# ARBEIT MUSS MENSCHENWÜRDIG SEIN

Für die meisten Menschen ist Arbeit wichtig – in vielerlei Hinsicht: Sie gibt dem Dasein Sinn und ermöglicht Teilhabe an der Gemeinschaft. Sie dient der Entfaltung der Persönlichkeit und gestattet dem Individuum, seinen selbstbestimmten Lebensweg zu beschreiten. Und nicht zuletzt wird durch Arbeit ein Einkommen erwirtschaftet, das die Menschen brauchen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Aber: **Nicht jeder Job ist auch ein guter Job.** Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat deshalb Kernarbeitsnormen festgelegt – unter anderem zu angemessenen Löhnen, zur Abschaffung von Zwangsarbeit und von Kinderarbeit. In vielen Ländern werden diese Mindestanforderungen nicht erfüllt. Teilweise leiden Menschen unter äußerst miserablen Arbeitsbedingungen. Wir finden, jeder muss sozial abgesichert sein und von seiner Arbeit leben können – das gilt weltweit, fängt aber bei uns in Deutschland an!

## INHALT

Arbeit gegen die Armut? 3
Und in Deutschland? 4
Sichere und menschenwürdige Arbeit 6
Wo muss sich etwas ändern? 7
Jugendliche – die großen Verlierer 7
Informelle Wirtschaft – Arbeit ohne Netz und doppelten Boden 8
Frauen – schlecht bezahlt, abhängig, ausgebeutet 9
Hausangestellte – besonders verletzlich 9
Kinder – bei der Arbeit statt in der Schule 10
Menschen mit Behinderung – ausgegrenzt und ohne Einkommen 11
Gesundheit – durch Arbeitsbedingungen gefährdet 12
Öffentliche Beschaffung – Bund, Länder und Kommunen in der Verantwortung 13
Forderungen an die deutsche Politik 14
Häufig gestellte Fragen 15
<b>Aktionsideen – Gib alles für menschenwürdige Arbeit 17</b>

Im letzten Jahr haben wir gemeinsam erreicht, dass sich fast 250 Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl zu unseren Forderungen für menschenwürdige Arbeit bekannt haben. 158 von ihnen sitzen nun im Bundestag. Aber was sind ihre Zusagen aus dem Wahlkampf im politischen Alltag wert? Dieses Jahr ist es wichtig, dranzubleiben: **Wir fordern von den Abgeordneten mehr Verbindlichkeit im Einsatz für menschenwürdige Arbeit.**

Deshalb haben wir für Dich diese Broschüre zusammengestellt: Sie beschreibt die wichtigsten Fakten zum Thema und bietet damit eine gute Grundlage, wenn Du Dich politisch einmischen willst. Wie das genau geht, erfährst Du in den Aktionsideen ab Seite 17. **Zeig, dass Du alles gibst für menschenwürdige Arbeit!**

Dr. Bernd Bornhorst,  
Vorstandsvorsitzender VENRO



## ARBEIT GEGEN DIE ARMUT?

Jobs zu schaffen, gilt als wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung. Aber zu denken, dass Arbeit vor Armut schützt, ist ein Mythos. Das zeigt schon ein Blick auf die aktuellen Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): **Im Jahr 2013 verdienten 839 Millionen Beschäftigte so wenig, dass sie und ihre Angehörigen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen mussten. 375 Millionen Menschen verdienten sogar weniger als 1,25 Dollar pro Tag, die von der Weltbank definierte Grenze für absolute Armut.** Diese Zahl hat sich zwar in den vergangenen Jahren deutlich verringert. Doch nach wie vor lebt fast ein Drittel der Beschäftigten in Entwicklungsländern in großer Armut. Diesen Menschen ist es unmöglich, von ihrem Arbeitslohn ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Und die fehlende finanzielle Sicherheit ist nicht das einzige Problem: **Fast 21 Millionen Menschen schufteten unter sklavenähnlichen Bedingungen.** In der Mehrheit handelt es sich um Mädchen und Frauen, darunter oft – aber keineswegs ausschließlich – um Mitglieder besonders verletzlicher Gruppen wie Migrantinnen und Indigene. Ein Viertel der Betroffenen sind Kinder. Häufig findet diese extreme Form der Ausbeutung versteckt statt: In privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, auf Fischtrawlern oder auf unübersichtlichen Baustellen. Auch Frauenhandel, Zwangsprostitution und Sexarbeit gehören dazu.

**Katastrophal ist auch die Lage vieler Arbeiterinnen in Unternehmen der Textil- und Elektronikindustrie, die für den Weltmarkt produzieren.** In Bangladesch bekommen viele Näherinnen nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn von 39 Dollar im Monat. Extrem lange Arbeitszeiten, oft kein freier Tag pro Woche, das Verbot, während der Arbeit zu trinken und zur Toilette zu gehen, prägen die Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Hinzu kommen oft mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, etwa beim Brandschutz. **Durch mangelhafte gesundheitliche Sicherheit sterben täglich rund 6.300 Menschen nach Arbeitsunfällen oder an arbeitsbedingten Krankheiten.** Bei Foxconn, dem größten Computerhersteller der Welt, der für Apple, Microsoft und Sony produziert, haben sich zum Beispiel schon Dutzende Beschäftigte das Leben genommen.

EINKOMMEN UNTER  
2\$/TAG



WELTWEIT:  
MENSCHEN UNTER  
SKLAVENÄHNLICHEN  
ARBEITSBEDINGUNGEN



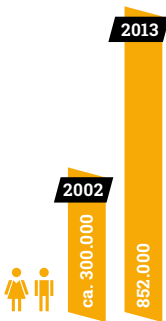
$\frac{1}{4}$   
sind Kinder  
unter 18 Jahren

## UND IN DEUTSCHLAND?

Nicht nur in Entwicklungsländern leiden Menschen unter miserablen Arbeitsbedingungen, auch in Deutschland muss sich etwas tun. Zwar hatten hier seit der Wiedervereinigung noch nie so viele Menschen – nämlich 41,7 Millionen – eine bezahlte Arbeit wie heute, jedoch sagt die blanke Zahl nichts darüber aus, ob die Menschen von ihrem Lohn leben können, ob die Rente sicher ist und ob sie zufrieden sind.

### ZAHLEN IN DEUTSCHLAND

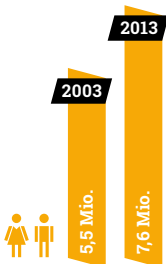
#### Leiharbeit



Das Problem: **Nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen ist gewachsen, sondern auch die der prekär Beschäftigten sowie der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner.**

**Leiharbeit:** Im Juni 2013 gab es in Deutschland 852.000 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter. Das sind zwar 50.000 weniger als im Vorjahr – doch siebenmal so viele wie vor 20 Jahren. Im Jahr 2003 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung die Leiharbeit als Instrument zum „Wiedereinstieg in das Berufsleben“ erklärt. Nur: Der prognostizierte „Klebeffekt“ – also die Wahrscheinlichkeit, bei einem Entleihbetrieb fest angestellt zu werden – war letztendlich sehr gering. Und seit in der Leiharbeit ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde, gibt es stattdessen immer mehr miserabel bezahlte Werkverträge.

#### Minijobs



**Minijobs:** Auch die Minijobs wurden 2003 als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt eingeführt: Minijobberinnen und -jobber sollten möglichst schnell eine andere, besser bezahlte reguläre Arbeit finden. Erreicht wurde dieses Ziel nicht: Gab es 2003 noch 5,5 Millionen 400-Euro-Kräfte, waren es 2013 bereits 7,6 Millionen. Für zwei Drittel von ihnen ist der Minijob die einzige bezahlte Arbeit, die sie haben. Seit dem 1. Januar 2013 dürfen Minijobberinnen und -jobber 450 Euro verdienen. Sie müssen zwar keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, haben aber auch keinen eigenen Sozialversicherungsschutz. Für viele werden Minijobs damit zur Armutsfalle. So mancher würde gerne mehr arbeiten, bekommt aber keine andere Stelle.



**Niedriglöhne:** Wer weniger als 9,30 Euro pro Stunde verdient, gilt in Deutschland als Niedriglöhner – das trifft gegenwärtig auf ein Viertel der Beschäftigten zu. Die schwarz-rote Bundesregierung hat angekündigt, Anfang 2015 einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen. Nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) könnten 6,6 Millionen Erwerbstätige davon profitieren; das sind 19 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Allerdings will die Bundesregierung Ausnahmen zulassen, zum Beispiel für Jugendliche bis 18 Jahre und für Langzeitarbeitslose.

Vor allem für Berufseinsteiger wird es immer schwieriger, einen Dauerarbeitsvertrag zu ergattern. 44 Prozent aller Neueinstellungen sind befristet. Der Anteil der Beschäftigten mit befristeten Verträgen hat sich seit 1996 verdoppelt. Hinzu kommt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer flexibler werden müssen: Ein Viertel arbeitet inzwischen regelmäßig an Wochenenden oder abends, fast jede und jeder Zehnte muss regelmäßig Nachtschichten schieben. Kein Wunder, dass immer mehr Beschäftigte über Stress klagen. Ständig erreichbar sein, mehrere Dinge gleichzeitig erledigen – jede und jeder Zweite steht nach eigenen Angaben unter permanentem Termin- und Leistungsdruck. Das zeigt der „Stressreport Deutschland 2012“, den die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin herausgegeben hat.

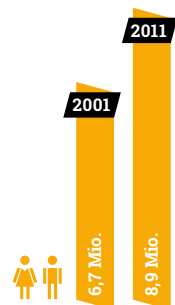
#### Niedriglöhne



< 9,30 €/h

¼ der Beschäftigten

#### Wochenendarbeit



## SICHERE UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

Das Problem, dass Menschen in Deutschland und weltweit unter unwürdigen Arbeitsbedingungen tätig sind, ist erkannt worden. 1999 hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenarbeiten, deshalb ein Programm aufgestellt, das sie „Decent Work Agenda“ nennt. **„Decent Work“ wird im Deutschen mit „menschenswürdige Arbeit“ übersetzt, obwohl der Begriff noch mehr umfasst.** Das Programm zielt darauf ab:

- ▶ weltweit soziale Mindeststandards (sogenannte Kernarbeitsnormen) durchzusetzen, wie das Verbot von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, die Beseitigung von Diskriminierung, die Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf Verhandlungen,
- ▶ menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit einem Einkommen zu schaffen, das es erlaubt, sich aus der Armut zu befreien,
- ▶ die soziale Absicherung zu stärken und
- ▶ die Möglichkeiten zu verbessern, sich durch sozialen Dialog an der Gestaltung der Arbeitswelt zu beteiligen, das heißt das Recht, sich in Gewerkschaften oder Genossenschaften zu organisieren.

Inzwischen gilt die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit nicht nur bei der ILO als entscheidender Beitrag, wenn es darum geht, die globale Armut zu verringern. Die Vereinten Nationen (UN) haben sie 2008 neu als Unterziel in ihre 2001 verabschiedeten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) aufgenommen. Zwar melden die UN, dass sich der Anteil der Bevölkerung in Entwicklungsländern, die von weniger als 1,25 Dollar am Tag leben muss, seit 1990 bis 2010 mehr als halbiert hat. Doch nach wie vor leiden 842 Millionen Menschen an Hunger – das ist knapp ein Achtel der Weltbevölkerung. 2011 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat zudem einstimmig die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Sie betonen die staatliche Verantwortung für die Um- und Durchsetzung der Menschenrechte und appellieren gleichzeitig an Unternehmen, Menschenrechte zu respektieren und umzusetzen.



Der Internationale  
Gewerkschaftsbund (IGB)  
organisiert seit 2008  
jährlich am 7. Oktober  
den Welttag für  
menschenswürdige  
Arbeit.

## WO MUSS SICH ETWAS ÄNDERN?



### JUGENDLICHE – DIE GROSSEN VERLIERER

„Verlorene Jugend“ ist heute ein gängiger Begriff. Im internationalen Kontext wird auch von „Neets“ gesprochen – Neither in employment, education or training. Gemeint sind junge Menschen, die weder eine bezahlte Arbeit haben noch eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Tatsächlich gehören die Jugendlichen zu den großen Verlierern der Krise: **Weltweit sind inzwischen fast 75 Millionen junge Menschen ohne Job** – 3,5 Millionen mehr als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe liegt dreimal so hoch wie bei Älteren.

#### ARBEITSLOSENQUOTE WELTWEIT



Jugendliche 12,9%



Erwachsene 4,5%

Von Land zu Land sind die Unterschiede allerdings enorm: In Nordafrika und dem Nahen Osten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 25 Prozent; vor allem junge Frauen haben hier kaum Chancen. Die Perspektivlosigkeit der jungen Generation, die mit ein Auslöser für die arabische Revolution war, hat sich noch nicht verbessert.

In Spanien waren Ende 2013 über 57, in Griechenland fast 55 Prozent der jungen Leute ohne Job. In Deutschland liegt die Quote dagegen nur bei 7,5 Prozent – offiziell. Aber auch hier holpert es: Obwohl aufgrund des demografischen Wandels

deutlich weniger Jugendliche auf den Ausbildungsmarkt strömen, gibt es nach wie vor eine große Lücke zwischen Nachfrage und Angebot. **2012 suchten in Deutschland offiziell 76.000 junge Leute vergeblich einen Ausbildungsplatz.** Tatsächlich ist die Situation aber weitaus dramatischer, weil viele Altbewerber einfach nicht mitgezählt werden. Allein 2012 drehten 300.000 junge Frauen und Männer Runden in einem Übergangssystem aus Bewerbungstrainings, Kursen und Praktika. Oft führen diese Maßnahmen sie nirgendwohin. Nicht wenige geben nach ein paar Jahren vergeblicher Suche frustriert auf. Laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) haben 2,2 Millionen junge Männer und Frauen unter 34 Jahren keinen Berufsabschluss und sind damit extrem gefährdet, dauerhaft arbeitslos zu werden.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat die Regierungen aufgefordert, Job-Programme für junge Menschen zu schaffen und zu intensivieren. Im Sommer 2013 kündigten die EU-Regierungschefs an, dass jeder Jugendliche spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle oder zumindest ein hochwertiges Praktikum angeboten bekommen soll. Die insgesamt dafür zur Verfügung gestellten sechs Milliarden Euro sind jedoch nicht gerade üppig, außerdem soll jeder Staat die Umsetzung selbst organisieren. Wie dies genau aussehen soll, ist nach wie vor völlig unklar. Dass es sinnvolle Instrumente gibt, zeigt Schweden: Dort gibt es beispielsweise Steuererleichterungen für Unternehmen, die mehr Jugendliche einstellen.



## INFORMELLE WIRTSCHAFT – ARBEIT OHNE NETZ UND DOPPELTEN BODEN

Die meisten Menschen in Entwicklungsländern haben keinen Arbeitsvertrag. Sie müssen ihren Lebensunterhalt überwiegend als Selbstständige verdienen. Oft reicht eine einzelne Tätigkeit nicht aus. **Informelle Arbeit ist nicht registriert, nicht reguliert – und deshalb auch arbeits- und sozialrechtlich ungeschützt.** Die Menschen stellen Produkte her, die sie auf lokalen Märkten verkaufen. Sie versuchen, sich als einfache Dienstleisterinnen und Dienstleister wie Schuhputzerinnen und Schuhputzer, als Hausangestellte oder als Mikrounternehmerinnen und Mikrounternehmer über Wasser zu halten. Ein Großteil ist auch in der Landwirtschaft tätig und ackert auf eigenen oder fremden Feldern.

### ARBEITENDE IN DER INFORMELLEN WIRTSCHAFT

Entwicklungsländer  
ca. 70–80 %



Industrieländer  
ca. 10–30 %



Es ist schwierig, darüber zuverlässige Daten zu finden, zumal die Erfassung von Land zu Land unterschiedlich ist. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass zum Beispiel in Indien fast 84 Prozent der Menschen außerhalb der Landwirtschaft informell arbeiten. Auch in Tansania oder Pakistan trifft das auf mehr

als drei Viertel der Beschäftigten zu. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat vor einigen Jahren eine Schätzung für die gesamte Welt versucht und kam auf 1,8 Milliarden Menschen in der informellen Wirtschaft – **das ist mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung.** Ein Großteil von ihnen zählt zu den „working poor“. Diesen Menschen ist es unmöglich, von ihrem Arbeitslohn ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Von einer Rente können viele Menschen in den Entwicklungsländern nur träumen: In West- und Zentralafrika beziehen weniger als zehn Prozent der Senioren Geld aus einer Sozialversicherung. In Lateinamerika erhalten 40 Prozent eine Rente. Auch in Asien gibt es kaum soziale Sicherungssysteme.

Eine Lösung muss bei internationalen Handelsabkommen ansetzen. Bei jeder Verhandlung muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit garantierten Arbeitsrechten in der formellen Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt werden. Informell Beschäftigte brauchen Zugang zu einer sozialen Basisversorgung. Dazu gehört, dass Kranke versorgt und Familien mit Kindern unterstützt werden. Der Schulbesuch muss möglich und eine Grundabsicherung für alte Menschen gewährleistet sein. Der 2011 von den Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geforderte Aufbau eines sozialen Basisschutzes bietet hier eine wichtige Leitlinie.





## FRAUEN – SCHLECHT BEZAHLT, ABHÄNGIG, AUSGEBEUTET

Früher hieß es, Frauen seien „besonders betroffen“, heute reden alle vom „Gender Gap“. Beide Male geht es darum, dass die Geschlechter in der Arbeitswelt unterschiedlich gute Chancen haben – fast überall sind Frauen benachteiligt, auch wenn dies in verschiedenen Regionen auf sehr unterschiedliche Art und Weise passiert. **Für gleiche Arbeit werden Frauen fast immer schlechter bezahlt.** So verdienen Frauen in Westdeutschland pro Stunde im Durchschnitt fast ein Viertel weniger als Männer, in Ostdeutschland beträgt der Unterschied acht Prozent. Zudem sind Frauen häufiger in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Weltweit arbeiten in Regionen mit einem hohen Anteil an informeller Beschäftigung besonders viele Frauen auf dem Feld, als prekäre Selbstständige, als Einzelunternehmerinnen oder abhängig als Heimarbeiterinnen und oft auch als unbezahlte Familienmitglieder. Ein erheblicher Teil der Frauen wird durch gewalttätige Angriffe und sexuelle Übergriffe verletzt oder traumatisiert – oft direkt am Arbeitsplatz.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum es nicht reicht, menschenwürdige Arbeit so zu interpretieren, dass nur die Kernarbeitsnormen umgesetzt werden müssen. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aller Länder muss berücksichtigt werden, dass Frauen öfter zwischen Phasen von Erwerbs-, Familien- oder Pflegearbeit wechseln als Männer. Daher ist es notwendig, dass für eine entsprechende soziale

Absicherung gesorgt wird. Die Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung jeder Form von Diskriminierung muss ein Kernanliegen der weltweiten Entwicklungspolitik sein, die auch Regeln für den Mutterschutz beinhaltet.



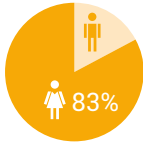
## HAUSANGESTELLTE – BESONDERS VERLETZLICH

Menschen, die in privaten Haushalten arbeiten, sind die „Unsichtbaren“, weil sie nirgendwo offiziell registriert sind. Deshalb kann ihre Zahl nur geschätzt werden: Nach Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) **waren 2010 etwa 53 Millionen Erwachsene und über sieben Millionen Kinder in privaten Haushalten beschäftigt** – doch wahrscheinlich sind es weitaus mehr. 83 Prozent der Hausangestellten sind weiblich. Weil sie im nichtöffentlichen Raum und oft isoliert arbeiten, sind Hausangestellte besonders anfällig für Verletzungen der Arbeitsrechte. Sie verdienen extrem wenig, haben oft keinerlei Arbeitszeitbegrenzung und häufig nicht einen einzigen freien Tag in der Woche. Hinzu kommen sexuelle Übergriffe und Freiheitseinschränkungen. Denjenigen, die in der Wohnung ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber schlafen, fällt es besonders schwer, menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

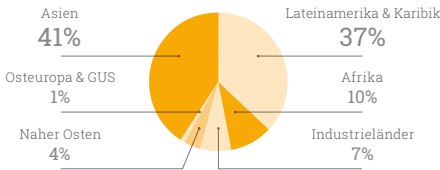
Auch in Deutschland gibt es nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes 700.000 Hausangestellte, nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind es sogar mindestens 2,6 Millionen. Die große

## VERTEILUNG DER HAUSANGESTELLTEN ...

Nach Geschlecht, Schätzungen von 2010:



Nach Region, Schätzungen von 2010:



Quelle: ILO (2013): Domestic workers across the world; S. 21

Mehrheit von ihnen hat keinen Arbeitsvertrag und somit keine soziale Absicherung.

2011 hat die ILO endlich eine Konvention verabschiedet, die Hausarbeit als reguläre Lohnarbeit anerkennt. Damit werden Hausangestellte mit anderen Gruppen von Beschäftigten gleichgestellt: Sie haben beispielsweise das Recht auf Mutterschutz, sind rechtlich gegen Zwangsarbeit, Missbrauch und Belästigungen geschützt und können Tarif- und Branchenlöhne beanspruchen.

Die Philippinen waren das erste Land, das den Vertrag ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt hat. Seit Herbst 2013 ist das Abkommen auch in Deutschland gültig. Nun müssen beispielsweise Beratungsstellen eingerichtet und Schutzmaßnahmen vor Misshandlung getroffen werden. Auch zur Einführung existenzsichernder Löhne verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten.



## KINDER – BEI DER ARBEIT STATT IN DER SCHULE

„Die Zahl der arbeitenden Kinder ist seit 2000 von 246 auf 168 Millionen und damit um fast ein Drittel gesunken“, schreibt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in der Regierungen, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften zusammenarbeiten. Bis 2016 sollen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit beseitigt sein: Kinderhandel, Kindersoldatentum, Kinderprostitution und gesundheitsgefährdende Tätigkeiten.

Bei näherer Betrachtung steht die Erfolgsmeldung allerdings auf wackeligem Grund: Insgesamt hatte die ILO überhaupt nur Daten aus 53 Ländern vorliegen, und in nur 29 Fällen gibt es Erhebungen über längere Zeiträume.

Sicher ist, dass der größte Teil der Kinder in der Landwirtschaft arbeitet – ein Großteil der Jungen und Mädchen verdient dabei kein Geld. Ein Drittel verrichtet Dienstleistungen auf Märkten, für Hotels oder in Haushalten und etwa sieben Prozent produzieren Waren oder schuften in Bergwerken. **Oft ist die Arbeit für Kinder viel zu schwer und gefährlich, aber sie sind billigere Arbeitskräfte als Erwachsene.**

Das Problem: Viele Familien sind zum Überleben auf den Verdienst oder die Mitarbeit der Kinder angewiesen. Die katastrophal niedrigen Löhne vieler Eltern reichen oft nicht aus. Insbesondere in Afrika arbeiten viele Schulkinder. Teilweise können sie sich den Schulbesuch nur aufgrund des



## MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN – AUSGEGRENZT UND OHNE EINKOMMEN

eigenen Verdienstes leisten. Umgekehrt landen Kinder, die aufgrund von Arbeitsverboten ihren Job verlieren, nicht automatisch im Klassenzimmer, sondern müssen sich oft einen noch schlechter bezahlten, versteckten Job suchen.

Längst haben sich Kinder weltweit zusammengeschlossen. Sie fordern eine Aufhebung des Arbeitsverbots und wollen stattdessen mehr Mitspracherechte, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Unterstützt werden sie von Organisationen wie europaNATs.

### KINDERARBEIT WELTWEIT



5–14 Jahre  
120 Mio.



5–17 Jahre  
168 Mio.

Gesucht sind Alternativen. Beispielsweise wäre es denkbar, dass Kinder nur einige Stunden am Tag leichte Tätigkeiten verrichten. Ziel muss aber sein: Eltern arbeiten für einen Lohn, mit dem sie die Existenz der ganzen Familie sichern können, während für die Kinder ausreichend Schul- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Nur so wird den Kindern der Druck genommen, zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen zu müssen.

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Arbeit wie jede und jeder andere. Das steht so auch in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN). Sie haben demnach das Recht, „den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, inklusiven und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird“.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass **15 Prozent aller Menschen weltweit eine Form der Behinderung haben**. Dies sind rund eine Milliarde Menschen, wovon etwa 80 Prozent in Entwicklungsländern leben. Vier von fünf Menschen mit Behinderung leben nach UN-Schätzungen unterhalb der Armutsgrenze. Die WHO erarbeitet derzeit einen Aktionsplan, um die Integration und Selbstständigkeit von Menschen mit Handicap zu fördern.

### MENSCHEN MIT BEHINDERUNG WELTWEIT



15% =  
1 Milliarde

Bisher haben Menschen mit Behinderungen mitnichten die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auch in Deutschland nicht. Statt fünf Prozent ihrer Stellen mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen, zahlen hierzulande viele Firmen ab 20 Beschäftigten lieber eine Ausgleichsabgabe, heißt es beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Abgabe beträgt bis zu 290 Euro pro Monat für jede nicht besetzte Pflichtstelle.



## GESUNDHEIT – DURCH ARBEITS- BEDINGUNGEN GEFÄHRDET

Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde. Doch Armut macht krank – und wer krank ist, ist überdurchschnittlich oft arm.

Viele Arbeitsplätze sind extrem gesundheitsgefährdend. **Über zwei Millionen Menschen sterben jährlich aufgrund von Belastungen am Arbeitsplatz durch Chemikalien, Staub oder Stress.** Hinzu kommen 321.000 tödliche Arbeitsunfälle. Somit verlieren täglich rund 6.300 Menschen ihr Leben aufgrund ihrer Arbeit.

Der Zusammenbruch einer Fabrik in Bangladesch im April 2013 tötete über 1.100 Menschen; erst ein halbes Jahr zuvor waren in dem südasiatischen Land 117 Arbeiterinnen bei einem Fabrikbrand ums Leben gekommen. Die meisten tödlichen und lebensgefährlichen Unfälle, die sich in Entwicklungsländern ereignen, schaffen es dagegen nicht in die Medien – sie

gehören zum traurigen Alltag. Vor allem die Ärmsten und Ungeschütztesten wie Frauen, Kinder, Migrantinnen und Migranten sind großen Gefahren ausgesetzt. In den Industrieländern geht es dagegen meist um Rückenprobleme, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Stresskrankheiten wie Depressionen, die durch Überstunden, hohe Arbeitsdichte, Druck durch Vorgesetzte und hohe Zielvorgaben ausgelöst werden.

Gesundheit und Arbeitsschutz sind zentrale Voraussetzungen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung und müssen deshalb in internationale Verhandlungen über Handelsabkommen einbezogen werden. Auch in Deutschland ansässige, international tätige Unternehmen sollten in die Pflicht genommen werden – damit sie sich internationalen Abkommen etwa über Mutter-, Gesundheits- oder Brandschutz anschließen.



## ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG – BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN IN DER VERANTWORTUNG

Bund, Länder, Städte und Gemeinden haben eine große Marktmacht. Sie brauchen nicht nur Bleistifte, Computer, Lebensmittel und Teppichböden, sondern vergeben auch Bauaufträge, wofür zum Beispiel Steine importiert werden müssen. Der Staat kauft in Deutschland jährlich im Wert von mindestens 300 Milliarden Euro ein – und entscheidet damit, wohin mehr als jeder zehnte Euro fließt. **Manche Beobachter schätzen die Einkaufsmacht des Staates sogar auf 360 Milliarden Euro.** Mit 50 bis 60 Prozent haben die Kommunen den größten Anteil.

Wie es gehen kann, zeigt die Düsseldorfer Feuerwehr. Diese beschloss bereits 2002, nur noch Dienstkleidung einzukaufen, die unter fairen Bedingungen hergestellt wurde. Viele Kommunen zogen nach und verlangten von den Lieferanten beispielsweise den Nachweis, dass bei der Herstellung die ILO-Kernarbeitsnormen oder ökologische Kriterien eingehalten wurden. Doch die rechtliche Lage war lange Zeit nicht eindeutig. Das verunsicherte viele Staatsdiener, die für die öffentliche Hand einkauften. Sie fürchteten Ärger und juristische Folgen, wenn sie nicht dem billigsten Anbieter den Auftrag erteilten.

Nachdem die EU ökosoziale Kriterien bei der Beschaffung genehmigt hatte, verzögerte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Umsetzung jahrelang. Immerhin steht seit 2009 im deutschen Vergaberecht: Soziale, ökologische und innovative Kriterien können berücksichtigt werden – müssen es aber nicht. Außerdem durften sich die Anforderungen ausschließlich auf die beauftragte Dienstleistung oder Ware selbst beziehen und nicht auf die Herstellungsbetriebe.

Anfang 2014 hat das Europäische Parlament nun eine Richtlinie verabschiedet, die mehr Klarheit bringen soll. Sie erlaubt es öffentlichen Einrichtungen, Anbieter zu bevorzugen, die sozial verantwortliche und umweltverträglich hergestellte Güter liefern. Dabei ist es nicht notwendig, dass das Kriterium im Produkt selbst zu finden ist; der Qualitätsvorteil kann auch im Herstellungsprozess liegen. Dazu zählen beispielsweise anständige Arbeitsbedingungen, faire Löhne oder der Verzicht auf bestimmte Gifte in der Produktion. Als Nachweis dürfen ökologische oder soziale Zertifikate oder Labels verlangt werden. Außerdem kann in die Kostenbewertung nun explizit nicht nur der Einkaufspreis einfließen, sondern auch Wartungs- und Entsorgungsaufwand.

Allerdings schreibt die Richtlinie weiterhin nicht vor, dass Kommunen oder Länder auf solche Dinge achten müssen. So wird es nach wie vor möglich sein, dass öffentliche Beschaffer nach dem Motto „Geiz ist geil“ einkaufen. Bis zum Frühjahr 2016 muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt sein.

# FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE POLITIK



Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages müssen sich dafür einsetzen, dass alle Menschen sozial abgesichert sind und von ihrer Arbeit leben können – bei uns und weltweit.

## DEINE STIMME GEGEN ARMUT FORDERT:

- 1 Einen nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten**  
Zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte muss ein nationaler Aktionsplan unter Einbezug der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Transparenz- und Rechenschaftspflichten müssen gesetzlich geregelt werden. Ziel ist es, von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards für die Produktions- und Arbeitsbedingungen umfassend zu verankern.
- 2 Soziale Sicherheit für alle**  
Nur wenn alle Menschen weltweit Zugang zu einer sozialen Grundversorgung und sozialen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit haben, kann Arbeit menschenwürdig sein; das gilt für die formelle wie für die informelle Beschäftigung.
- 3 Verankerung von Menschenrechten in Handelsabkommen**  
Menschenrechte und insbesondere die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen in allen EU-Handelsabkommen verankert, umgesetzt und eingehalten
- werden. Diese zielen auf weltweite soziale Mindeststandards wie das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, die Beseitigung von Diskriminierung oder die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Verhandlungen.
- 4 Einkommen müssen existenzsichernd sein**  
Weltweit müssen Menschen über Einkommen verfügen, die ihre Existenz sichern. Nur mit einem flächendeckenden und ohne Ausnahmen geltenden Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können Beschäftigte vor Lohndumping und Ausbeutung geschützt werden.
- 5 Gleichberechtigung am Arbeitsplatz**  
Die geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz muss beendet werden: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- 6 Soziale und ökologische Bedingungen für die öffentliche Beschaffung**  
Die EU-Richtlinie für die Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien bei Einkäufen öffentlicher Einrichtungen muss umfassend umgesetzt werden.

## HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN



### **Viele Unternehmen haben sich schon selbst ethisch-soziale Richtlinien gegeben. Warum soll der Staat noch eingreifen?**

Tatsächlich versprechen die meisten weltweit tätigen Konzerne, dass sie sozial und ökologisch wirtschaften. Sie erklären auch, dass sie die Rechte ihrer Angestellten weltweit schützen. Das ist zunächst einmal gut. Doch Papier ist geduldig – und die Einhaltung der freiwillig gemachten Zusagen wird oft unzureichend oder gar nicht von unabhängigen Stellen kontrolliert. Außerdem können sich Unternehmen die Aspekte der sozialen Verantwortung herausuchen, die ihnen passen: also etwa Maßnahmen, die ihr Image verbessern, die Produktqualität erhöhen und so auch für mehr Gewinn sorgen. Das hindert sie dann teilweise nicht daran, gleichzeitig die Gründung von Betriebsräten oder Betriebsgewerkschaften zu bekämpfen, geringe Löhne zu zahlen oder das Thema Umweltschutz zu vernachlässigen. Problematisch an diesem freiwilligen Engagement ist zudem, dass es damit nicht gelingt, die große Masse der Unternehmen zu mehr verantwortlichem Handeln zu bewegen, sondern nur einzelne Unternehmen. Einen überall geltenden Schutz von Menschenrechten und Umwelt wird es auf dieser Basis nicht geben. Im Gegenteil: Immer wieder versuchen Unternehmen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen, weitergehende und sinnvollere gesetzliche Regelungen auszuhebeln.

### **Was kann ich tun?**

Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Macht, durch ihr Einkaufsverhalten Einfluss auf Arbeitsbedingungen und Löhne zu nehmen. Bei sehr billig angebotenen Produkten liegt der Gedanke nahe, dass diese nicht unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt werden konnten. Der faire Handel hingegen gewährleistet, dass Arbeits- und Sozialstandards eingehalten und existenzsichernde Löhne bezahlt werden. Es gibt verschiedene Siegel, an denen diese Produkte erkennbar sind, aber auch fair gehandelte Eigenmarken wie GEPA oder El Puente. Besonders in der Textilbranche führen Geschäfte und Discounter oft Produkte, die unter katastrophalen Arbeitsbedingungen und zu Hungerlöhnen hergestellt wurden. Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign) informiert seit Jahren darüber. Auch Lebensmitteldiscounter zahlen teilweise Löhne, von denen man nicht leben kann.

Dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Macht haben, durch ihr bewusstes Verhalten etwas zu ändern, zeigen Beispiele aus der Vergangenheit. So nahm beispielsweise Nestlé den mit gentechnisch veränderten Mais hergestellten Schokoriegel „Butterfinger“ nach kurzer Zeit wieder vom Markt, weil er sich aufgrund von massiven Protesten von Umweltorganisationen und Verbraucherinnen und Verbrauchern als Ladenhüter entpuppte. Und auch Shell versenkte seine Ölplattform nicht wie vorgesehen im Meer, weil Autofahrerinnen und Autofahrer die Shell-Tankstellen boykottierten. Es liegt also in unserer Hand – denn Unternehmen fürchten um ihr Image!

**Die strikte Umsetzung von Sozialstandards macht die Produktion teurer, das verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der ärmeren Länder auf dem Weltmarkt – stimmt das?**

Es gibt keine empirischen Belege dafür, dass Länder, in denen die Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verfolgt wird, im Wettbewerb schlechter abschneiden. Im Gegenteil kann beispielsweise der „soziale Dialog“ zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften helfen, soziale Spannungen abzubauen und produktiver zu arbeiten. Hinzu kommt, dass Menschen, die eine gute Arbeit mit einem ausreichenden Einkommen haben, durch ihre privaten Ausgaben die Binnennachfrage stützen und damit zur Wirtschaftsentwicklung beitragen.

**Es gibt doch internationale Grundsätze und Standards, an die sich multinationale Unternehmen halten müssen. Warum wirken sie nicht?**

Es stimmt, dass es zum Beispiel die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gibt oder die Leitsätze für international operierende Unternehmen von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Das sind beides freiwillige Grundsätze und Standards, die Regierungen den Unternehmen empfehlen, die in oder von ihren Ländern aus tätig sind. Da geht es unter anderem um die Bekämpfung der Korruption und um Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Problem: Da die Leitlinien nicht bindend sind, muss niemand Sanktionen fürchten.

Entscheidend ist vielmehr, dass die internationale Handelspolitik mit der Arbeits- und Sozialpolitik verzahnt wird. In jedem neuen Handelsabkommen müssen also zwingend Regeln verankert werden, die

menschenwürdiges Arbeiten fördern und deren Nichteinhaltung sanktioniert werden kann. Nur so entstehen mit neuen Freihandelsabkommen auch neue gute Jobs.

**In der informellen Wirtschaft in Entwicklungsländern sind die Arbeitsbedingungen besonders schlecht. Kommt das nicht zu kurz, weil sich alle nur um Löhne von Beschäftigten mit Arbeitsverträgen kümmern?**

Die Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beschränkt sich ausdrücklich nicht auf die formelle Wirtschaft. Auch die in der informellen Wirtschaft Arbeitenden – letztendlich Selbstständige – müssen ihre Rechte einfordern können. Dabei muss es darum gehen, wie das Einkommen existenzsichernd sein kann. Was eine Person verdient muss auch ausreichen, um die Bedürfnisse dieser Person und ihrer Familie zu erfüllen.

**Bauen Unternehmen nicht einfach ihre Fabriken ab, wenn der Staat immer mehr reguliert?**

Immer wieder warnen Wirtschaftsverbände vor einer Deindustrialisierung in Deutschland oder Europa. Das war zum Beispiel so, als die Industrie von der EU im Jahr 2007 erstmals verpflichtet wurde, Daten über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen von etwa 30.000 Chemikalien vorzulegen, die dort produziert und importiert werden. Bewahrheitet hat sich das nicht. Während grüne Jobs lange als Jobkiller galten, gehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heute davon aus, dass mehr Umweltschutz grundsätzlich Jobs schaffen kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund zeigt in seiner Studie „Grüne und menschenwürdige Arbeit schaffen“ außerdem, dass „grüne Jobs“ auch fair sein können.



## AKTIONSIDEEN – GIB ALLES FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen sich für menschenwürdige Arbeit einsetzen. Das wollen wir schwarz auf weiß! Gemeinsam mit Dir wollen wir sie überzeugen, das **Manifest für menschenwürdige Arbeit** zu unterschreiben.\* Damit bekennen sich die Abgeordneten zu unseren Forderungen und erklären ihren Willen, diese politisch umzusetzen.

Wie machen wir das? Auf Demonstrationen können viele Menschen gemeinsam zeigen, dass sie sich für ein bestimmtes Thema einsetzen. Wir demonstrieren in diesem Jahr auch – und zwar virtuell. Aus gutem Grund ist das Megafon unser Kampagnensymbol. Es signalisiert: Wir sind laut, wir sind viele, wir geben alles für menschenwürdige Arbeit! Das wollen wir auch den Bundestagsabgeordneten zeigen.



Mit der Megafon-Fotoaktion **#IchGebAlles2014** machen wir deutlich, wie groß die Unterstützung für mehr politischen Einsatz für menschenwürdige Arbeit ist. Mach mit! **Nimm kein Blatt vor den Mund, sondern ein Megafon!** Setz Dich mit dem Thema menschenwürdige Arbeit auseinander. Zeig Dein Engagement. Mit kreativen Aktionen erzeugst Du öffentliche Aufmerksamkeit und regst darüber hinaus zum Nachdenken über weltweite Armutsbekämpfung an. Einige Aktionen sind leicht zu organisieren, andere sind aufwendiger und erfordern eine gute Vorbereitung. Aber alle lohnen sich und tragen dazu bei, dass die Politik unsere Forderungen erfüllt. **Und ganz wichtig bei allen Aktionen: Mach Fotos und dokumentiere Deinen Einsatz!**

Und wie kommt Dein Foto zu den Bundestagsabgeordneten? Lade Deinen Beitrag auf [www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden) hoch. Du bist mobil und hast ein Smartphone? Dann poste Dein Foto bei Twitter oder Instagram und nutze dabei das Hashtag **#IchGebAlles2014**. Auf unserer Aktionsseite sammeln wir alle Beiträge und demonstrieren so Euren vielfältigen Einsatz.

**Am 7. Oktober 2014, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, überreichen wir Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen im Bundestag alle Fotos – auch Deins.**

\* Das Manifest findest Du unter [www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden).

**IDEE 1****LOHN ENTLANG DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE**

Wer verdient was? Lass Passantinnen und Passanten Preisschilder zuordnen, wer auf dem Weg eines Produktes wie viel Geld bekommt: Arbeiterinnen und Arbeiter, Plantagenbesitzer, Händler, Einzelhandel usw.

Und was genau kannst Du tun? Im Folgenden haben wir einige Aktionsideen für Dich zusammengestellt.

**MACH 'NE MEGAFON-AKTION**

Setz das Megafon in Szene: Male es mit Kreide auf prominente Plätze in Deiner Stadt, bastel mit Freunden das „größte Megafon der Welt“, stell Dich mit Deiner Klasse in Form eines Megafons auf, häng Dein selbst gebasteltes Aktionsbanner aus dem Fenster. Lass Deiner Kreativität freien Lauf. Beim Aktionsteam kannst Du für deine Aktion kostenlos Pappmegafone und Aufkleber mit dem Aktionslogo bestellen.\*

**MACH 'NEN FLASHMOB**

Bring deine Freunde auf die Straße und organisiere eine spektakuläre Aktion. Sei kreativ und starte einen Flashmob: spontane Tanzaktion, Freeze-Mob oder eine andere Performance. Du brauchst Unterstützung? Wende Dich mit Deinen Ideen an das Aktionsbüro.

**MACH WAS KREATIVES**

Sicher fällt Dir noch viel mehr ein. Organisiere eine faire Fashion Show, einen Themengottesdienst oder einen Infostand in der Fußgängerzone. Das Aktionsteam unterstützt Dich mit kostenlosen Materialien wie Infobroschüren, Arm- und Schlüsselbändern, Bannern und T-Shirts. Sie helfen Dir, Deine Aktion sichtbar zu machen.\*

**IDEE 2****TRIFF DICH MIT POLITIKERN**

Nimm Kontakt zu den Abgeordneten aus Deinem Wahlkreis auf – per Mail oder direkt durch ein Gespräch im Wahlkreisbüro. Sprich sie an und überzeuge sie, das Manifest zu menschenwürdiger Arbeit zu unterzeichnen. Geben sie alles für menschenwürdige Arbeit?

**MACH 'NE ANSAGE**

Nutze auf Facebook, Twitter und Google Plus das Hashtag **#IchGebAlles2014**, um die Aktion bekannt zu machen. Informiere Deine Familie, Freundinnen und Freunde, Mitschülerinnen und Mitschüler, Kommilitoninnen und Kommilitonen, Kolleginnen und Kollegen. Zeig Deinen Einsatz und bewege auch sie zum Mitmachen.

\* Alle Aktionsmaterialien kannst Du hier bestellen: [www.deine-stimme-gegen-armut.de/mediathek/aktions-materialien](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/mediathek/aktions-materialien).

**IDEE 3****NÄHAKTION**

Fordere Passantinnen und Passanten auf, für ein „Entgelt“ einen kleinen Nähjob auszuführen. Nach getaner Arbeit erhalten sie einen Spielgeldschein, der zeigt, wie viel eine Person in einem armen Land bei dieser Arbeit verdient. (Alternative: Blume basteln, um auf die Arbeitsbedingungen der Blumenpflückerinnen und Blumenpflücker aufmerksam zu machen).

## IMPRESSUM

Herausgeber :  
Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)  
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn, Telefon: 0228/94 67 70

Redaktion :  
Annette Jensen, Hanna Gersmann, Beate Willms,  
Max Beckmann, Claus Körting (verantwortlich)

Mitarbeit :  
Sabine Kirchleitner

Endredaktion :  
Kirsten Prestin

Grafik :  
Ole Kaleschke, Berlin – Gestaltung und Layout  
Jan Schmitt, Berlin – Illustrationen

Druck :  
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit  
Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe  
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Auflage :  
1.500 Stück

Bonn/Berlin, April 2014

Auf <http://bit.ly/Infobroschuere2014> steht eine digitale Version  
(PDF-Datei) dieser Broschüre zum Download bereit.  
Darin finden sich sämtliche Quellenangaben.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT ist eine Aktion von VENRO und Herbert Grönemeyer. Die Aktion ist der deutsche Beitrag zum internationalen „Global Call to Action Against Poverty“ (GCAP), einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, dessen Symbol das weiße Band ist.

VENRO e.V. ist der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören mehr als 100 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT fordert:

Die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen sich dafür einsetzen, dass alle Menschen sozial abgesichert sind und von ihrer Arbeit leben können – bei uns und weltweit.

KONTAKT:

Aktionsteam DEINE STIMME GEGEN ARMUT,  
% VENRO Büro Berlin, Stresemannstr. 72, 10963 Berlin  
Telefon: 030/26 39 299 20  
E-Mail: [deinestimmegegenarmut@venro.org](mailto:deinestimmegegenarmut@venro.org)  
Internet: [www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.